



Juni 2008

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.



© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Juni 2008

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sieben Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1101 West / 399 Ost)	
Erhebungszeitraum:	02. bis 03. Juni 2008 Sonntagsfrage: 02. bis 04. Juni 2008	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

ARD-DeutschlandTREND Juni 2008

Die jüngsten koalitionsinternen Konflikte beeinträchtigen das Erscheinungsbild des Kabinetts in der Bevölkerung ernsthaft. Nach 34 Prozent im Mai vergeben aktuell nur noch 27 Prozent dem Berliner Kabinett gute Noten. Der Eindruck, dass anstehende Themen im Berliner Kabinett derzeit nicht ernsthaft angegangen werden, beeinträchtigt auch das Sachvertrauen. Betroffen sind hiervon beide Koalitionspartner, allerdings leidet die SPD stärker: Nur 16 Prozent der Bundesbürger trauen derzeit den Sozialdemokraten zu, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen, von der Union erwarten dies immerhin 33 Prozent.

Offensichtlich werden die koalitionsinternen Querelen den Koalitionsspitzen allerdings nicht zugerechnet. Denn ungeachtet der negativen Bewertung der Koalition und der sie tragenden Parteien legt sowohl Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (+7) als auch Kanzlerin Angela Merkel (+3) gegenüber dem Vormonat zu. Vor dem Hintergrund der besonderen Profilschwäche der SPD und ihres unklaren Verhältnisses zur Linkspartei tun sich die Bundesbürger unverändert schwer, in der Kanzlerfrage auf einen Sozialdemokraten zu setzen. Auch Frank-Walter Steinmeier als derzeit populärster Parteipolitiker hat weiterhin in der Kanzlerpräferenz der Bundesbürger gegenüber Angela Merkel das Nachsehen. Dennoch werden ihm von den aktuellen SPD-Spitzenpolitikern die vergleichsweise größten Chancen eingeräumt, eines Tages Bundeskanzler zu werden.

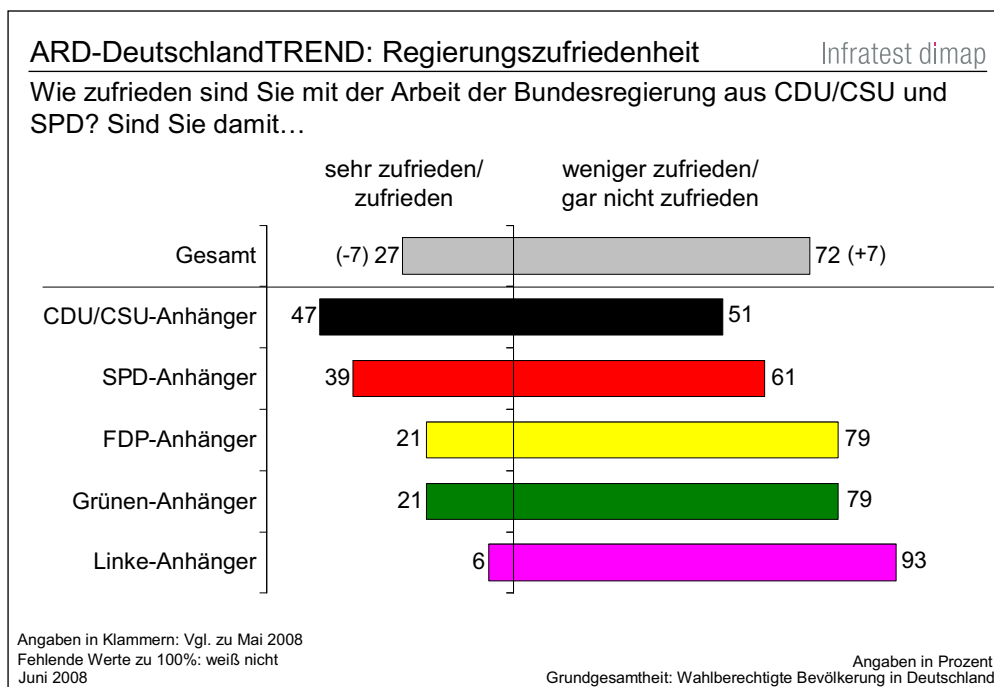
Zu denken geben muss, dass das politische System und zentrale sie tragende Institutionen wie Bundesregierung, Parteien, Gewerkschaften und Unternehmen im momentan positiven wirtschaftlichen Umfeld Vertrauenseinbußen vergangener Jahre nicht aufholen können. Ein wesentlicher Grund mag darin bestehen, dass die Mehrzahl der Bundesbürger den Aufschwung weiterhin nicht mit einem erkennbaren persönlichen Weiterkommen verbindet. Das Gefühl, nicht vom Aufschwung zu profitieren, resultiert dabei vor allem aus der Wahrnehmung, dass sich der persönliche finanzielle Spielraum in den letzten Monaten nicht wesentlich vergrößert hat.

Die Unzufriedenheit der Deutschen mit der großen Koalition und der sie tragenden Parteien schlägt sich erkennbar in der aktuellen politischen Stimmung nieder. Bei einem aktuellen Urnengang würde die Union 34 Prozent erreichen, die SPD käme auf 24 Prozent. Gemeinsam binden Union und SPD damit nur noch 58 Prozent der Wählerstimmen, so wenige wie nie zuvor. Von der Schwäche der Großen profitieren die kleinen Parteien, sie legen ausnahmslos zu.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Juni, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sieben Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 02. bis 03. Juni 1.000, für die Sonntagsfrage vom 02. bis 04. Juni 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Regierungszufriedenheit: Kritik an Großer Koalition gewachsen

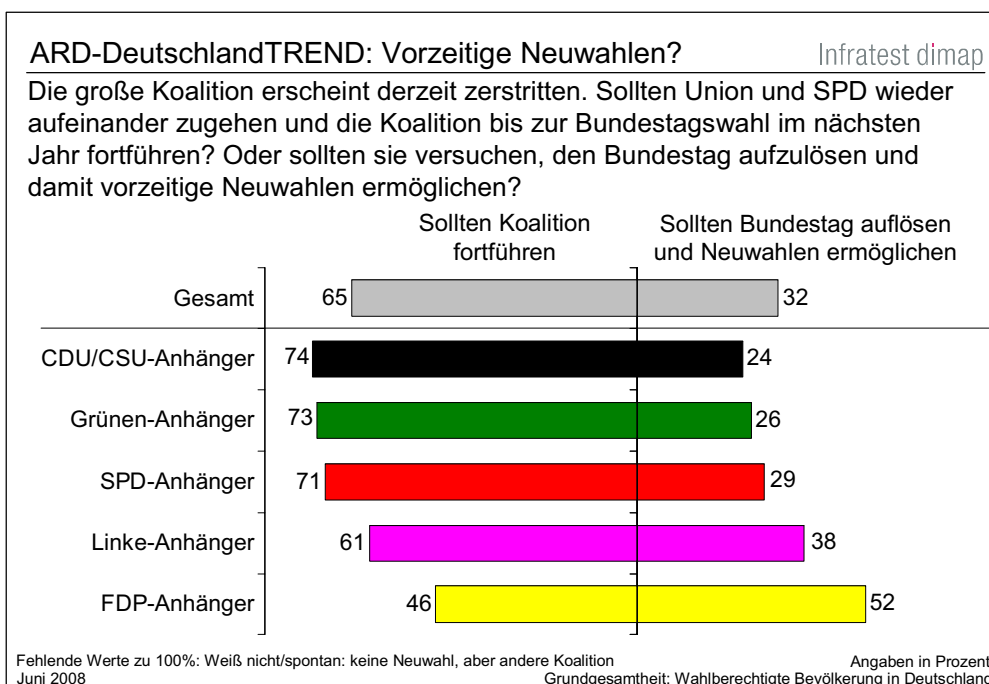
Die jüngsten koalitionsinternen Konflikte um die Bundespräsidentenwahl im nächsten Jahr, aber auch der schwelende Streit um Fragen der Steuer-, Sozial- und Klimapolitik beeinträchtigen das Erscheinungsbild des Kabinetts in der Bevölkerung ernsthaft. Nach 34 Prozent im Mai vergeben aktuell nur noch 27 Prozent dem Berliner Kabinett gute Noten. 72 Prozent sind aktuell mit dem Auftreten der schwarz-roten Regierung weniger oder gar nicht zufrieden. Die Kritik an der Bundesregierung überwog zwar auch schon vor einem Monat, sie fiel mit 65 Prozent jedoch niedriger aus als derzeit. Eine ähnlich geringe Zufriedenheit mit dem Kabinett bestand zuletzt Anfang 2007.



Während innerhalb der Unions-Anhängerschaft die Regierungsarbeit aktuell auf ein geteiltes Echo stößt, äußern sich die SPD-Anhänger mehrheitlich ablehnend. Deutliche Kritik kommt aus den Reihen der Opposition, wobei die Anhänger der Linkspartei zu Schwarz-Rot besonders auf Distanz gehen (93 Prozent).

Mehrheit für Fortführung der Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode

Trotz ihres Unmuts gegenüber der aktuellen Arbeit der Berliner Koalition wünschen sich die Bundesbürger kein vorzeitiges Aus von Schwarz-Rot: Zwei von drei (65 Prozent) sprechen sich im Gegenteil dafür aus, dass beide Regierungspartner wieder aufeinander zugehen und bis zum Ende der Legislaturperiode zusammen arbeiten. Nur drei von zehn Bundesbürgern (32 Prozent) fordern Union und SPD auf, den Weg für eine Auflösung des Bundestages frei zu machen, um damit vorgezogene Neuwahlen zu ermöglichen.



In den Reihen von Union (74 Prozent) und SPD (71 Prozent) überwiegt klar die Forderung, das jetzige Bündnis bis zur Bundestagswahl fortzusetzen, ebenso unter den Anhängern der Grünen (73 Prozent) und der Linken (61 Prozent). Allein bei den Wählern der FDP fällt der Zuspruch zugunsten einer Fortführung der jetzigen Koalition geringer aus als der Wunsch nach Neuwahlen (46:52 Prozent).

Parteikompetenzen: Profilschwäche von Union, vor allem aber der SPD

Der Eindruck, dass durch die Koalitionsstreitigkeiten anstehende Themen im Berliner Kabinett derzeit nicht ernsthaft angegangen werden, beeinträchtigt das Sachvertrauen der Bundesbürger in Union und SPD. Betroffen sind hiervon beide Koalitionspartner, allerdings leidet die SPD stärker: Nur 16 Prozent der Bundesbürger trauen derzeit den Sozialdemokraten zu, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen, von der Union erwarten dies immerhin 33 Prozent.

ARD-DeutschlandTREND: Parteienkompetenz		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.						
Höchster Wert farbig unterlegt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen	47 (-6)	15 (-1)	11 (+5)	3 (+1)	2 (+1)	21 (±0)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	40 (-6)*	21 (-4)*	8 (+3)*	5 (+4)*	3 (+2)*	23 (+3)*
Eine gute Familienpolitik betreiben	37 (-2)	26 (-5)	4 (+2)	6 (+2)	9 (+3)	17 (-1)
Eine gute Bildungspolitik betreiben	36 (±0)	27 (-1)	6 (-1)	6 (+3)	6 (+3)	18 (-5)
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	36 (-5)	21 (-5)	11 (+4)	4 (+2)	3 (-1)	24 (-2)
Die Energieversorgung sichern	35 (-2)	15 (-4)	5 (+3)	2 (+1)	16 (-1)	25 (+2)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Oktober 2007, *Vgl. zu Januar 2008
 Fehlende Werte zu 100%: sonstige Parteien/keine Angabe
 Juni 2008

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

ARD-DeutschlandTREND: Parteienkompetenz		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.						
Höchster Wert farbig unterlegt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Für stabile Preise sorgen	27	17	9	4	4	38
Die Altersversorgung langfristig sichern	25 (-3)	22 (-6)	6 (+2)	6 (+2)	3 (+1)	37 (+4)
Eine gute Steuerpolitik betreiben	22 (-3)**	18 (-5)**	21 (+9)**	6 (+4)**	3 (±0)**	29 (-4)**
Den Klimawandel bekämpfen	18 (-7)	10 (-1)	2 (±0)	1 (±0)	50 (+9)	18 (-1)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	17 (-4)*	34 (-9)*	8 (+4)*	13 (+5)*	7 (+2)*	20 (+3)*
Die wichtigsten Probleme in Deutschland lösen	33	16	5	4	4	36

Angaben in Klammern: Vgl. Oktober 2007, *Vgl. zu Januar 2008, **Vgl. zu Januar 2007
 Fehlende Werte zu 100%: sonstige Parteien/keine Angabe
 Juni 2008

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Die **Union** zieht von allen Parteien weiterhin insbesondere in Wirtschafts- (47 Prozent; -6) und Arbeitsmarktfragen (40 Prozent; -6) das größte Vertrauen auf sich, sie büßt hier aber ebenso ein wie die Sozialdemokraten. Auch in der Familienpolitik (CDU: -2; SPD: -5), der Haushalts- und Finanzpolitik (jeweils -5) sowie der Frage der Energiesicherheit (-2; -4) verlieren beide Koalitionspartner an Zuspruch, wobei die Union nach wie vor jeweils erkennbar größere Erwartungen weckt als die SPD.

In Fragen einer sicheren Altersversorgung ist das ohnehin geringe Vertrauen in CDU (25 Prozent, -3) und SPD (22 Prozent, -6) ebenfalls gesunken, darüber hinaus in der Steuerpolitik (Union: 22 Prozent, -3; SPD: 18 Prozent, -5). Schließlich bleiben auch die Erwartungen an die Koalitionspartner in der von den Bundesbürgern sorgenvoll betrachteten Frage der Preisstabilität gering: 27 Prozent glauben die Union könnte am ehesten für stabile Preise sorgen, 17 Prozent die SPD.

Die **Sozialdemokraten** liegen im Urteil der Wahlberechtigten weiterhin allein auf ihrem klassischen Terrain der sozialen Gerechtigkeit vorn. Sie verlieren hier allerdings stärker noch als die Union an Zuspruch (-9; -4) und wecken beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit mit 34 Prozent so wenig Erwartungen wie seit Ende 2004 nicht mehr.

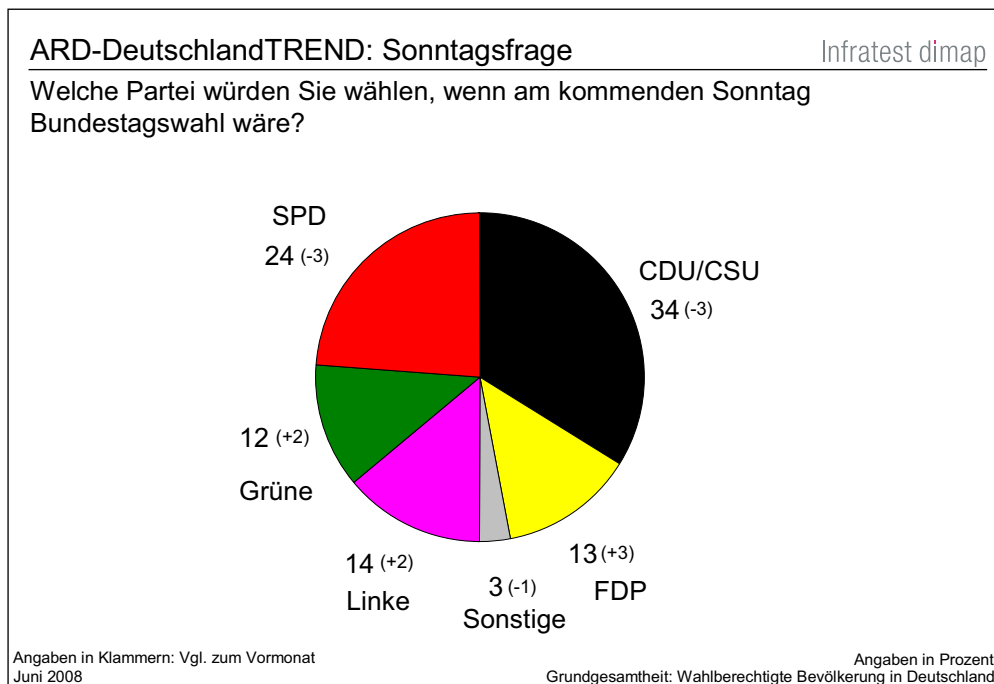
Klare Nutznießer dieser Entwicklung sind die kleineren Parteien. Die **Liberalen** profitieren von der Profil-Schwäche der Union auf den Feldern Wirtschaft (11 Prozent, +5), Arbeitsmarkt (8 Prozent, +3) und Haushalt (11 Prozent, +4). Noch deutlicher legen sie in Fragen der Steuerpolitik zu (+9): Nach der jüngsten Vorstellung ihres Drei-Stufen-Steuermodells auf dem Münchener Parteitag erreichen sie mit 21 Prozent nicht nur einen Rekordwert, sie genießen hier aktuell ein ähnliches Vertrauen wie Union und SPD.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums sichert sich die **Linke** deutliche Vertrauensgewinne in der Gerechtigkeitsfrage (+5). 13 Prozent der Bundesbürger setzen derzeit bei der Sorge um soziale Gerechtigkeit auf die Linke – so viele wie noch nie zuvor. Die **Grünen** schließlich sind profiliert denn je im Kampf gegen den Klimawandel (50 Prozent; +9). Nach den Querelen um das gemeinsame Klimapaket von Union und SPD musste hier insbesondere die Union Federn lassen (-7). Aber auch die SPD verliert auf diesem Feld und bindet mit 10 Prozent in der Bevölkerung so wenig umweltpolitisches Vertrauen wie noch nie.

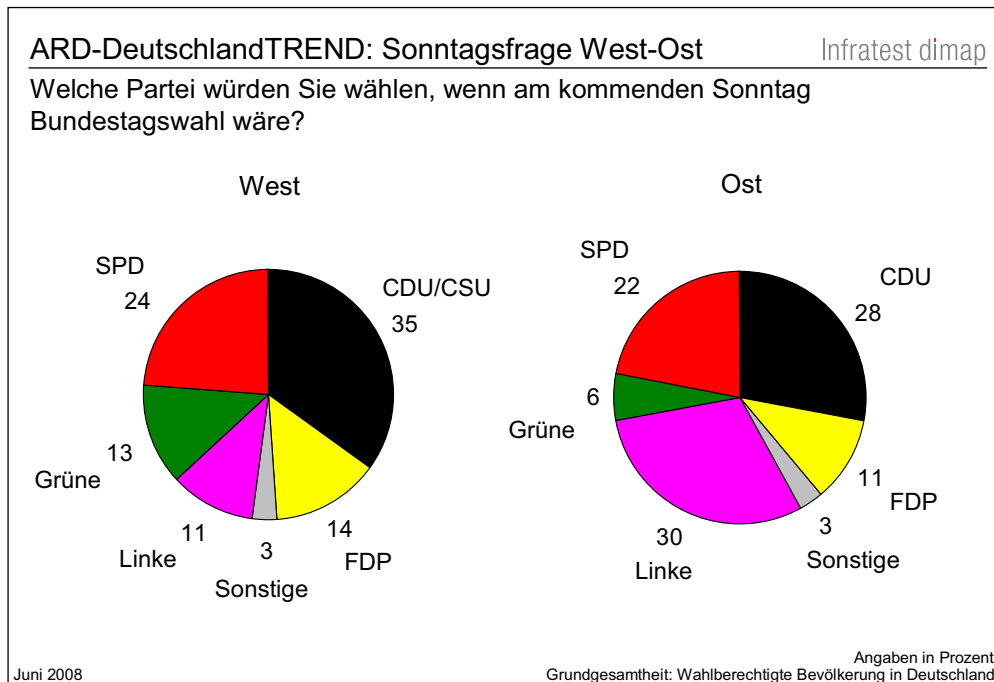
Sonntagsfrage: Volksparteien verlieren

Die Unzufriedenheit der Deutschen mit der großen Koalition und der sie tragenden Parteien schlägt sich erkennbar in der aktuellen politischen Stimmung nieder. Sowohl die Union als auch die SPD verlieren gegenüber dem Vormonat 3 Punkte. Bei einem aktuellen Urnengang würde die Union 34 Prozent der Stimmen erreichen. Die Sozialdemokraten kämen auf 24 Prozent, der niedrigste für die SPD im DeutschlandTREND gemessene Wert seit Juli 2004. Gemeinsam binden die beiden Volksparteien damit nur noch 58 Prozent der Wählerstimmen, so wenige wie nie zuvor.

Von der Schwäche der Großen profitieren die kleinen Parteien, sie legen ausnahmslos zu. Drittstärkste Partei wäre aktuell die Linke, die mit 14 Prozent ihren bislang besten Wert erzielt (+2 Prozent). Dahinter läge die FDP. Sie legt 3 Punkte zu. Mit 13 Prozent liegt sie so gut wie seit September 2006 nicht mehr. Ebenfalls Zugewinne könnten die Grünen verbuchen (+2), die auf 12 Prozent kämen, ihr bester Wert seit November 2004. Alle anderen Parteien würden zusammengenommen 3 Prozent der Stimmen (-1) erzielen.



Die Union büßt allein im Westen ein. Hier verliert sie 5 Punkte und würde 35 Prozent der Stimmen erreichen. Die SPD hätte 24 Prozent in Aussicht (-3). Die größten Zugewinne im Westen könnte die FDP realisieren (+4), sie erhielte 14 Prozent. Auch Linke (+3) und Grüne (+2) legen in den alten Bundesländern zu, sie kämen dort auf 11 bzw. 13 Prozent.

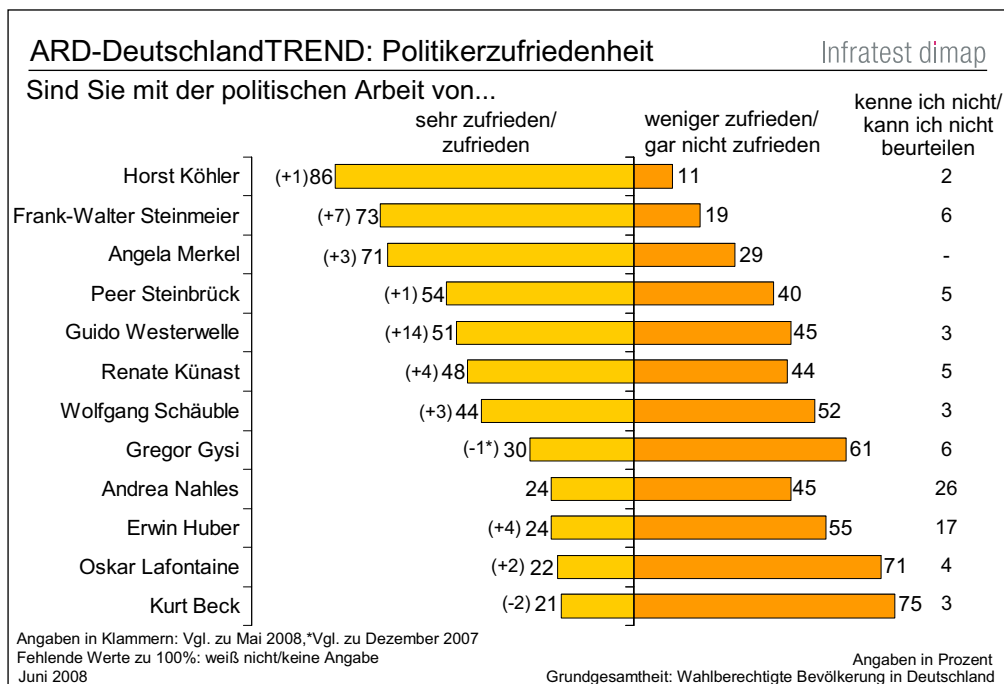


Die Linke bliebe mit einem Zuspruch von 30 Prozent (+1) erneut stärkste Kraft in den neuen Bundesländern. Nach deutlichen Verlusten von 6 Punkten könnten die Sozialdemokraten im Osten momentan nur noch 22 Prozent erzielen. Nach leichtem Zugewinn (+2) und einem Stimmenanteil von 28 Prozent würde die Union hier die Rolle als zweitstärkste Partei übernehmen. Nach deutlichem Zuwachs (+4) könnten die Liberalen 11 Prozent erreichen. Die Grünen liegen in den neuen Bundesländern konstant bei 6 Prozent.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

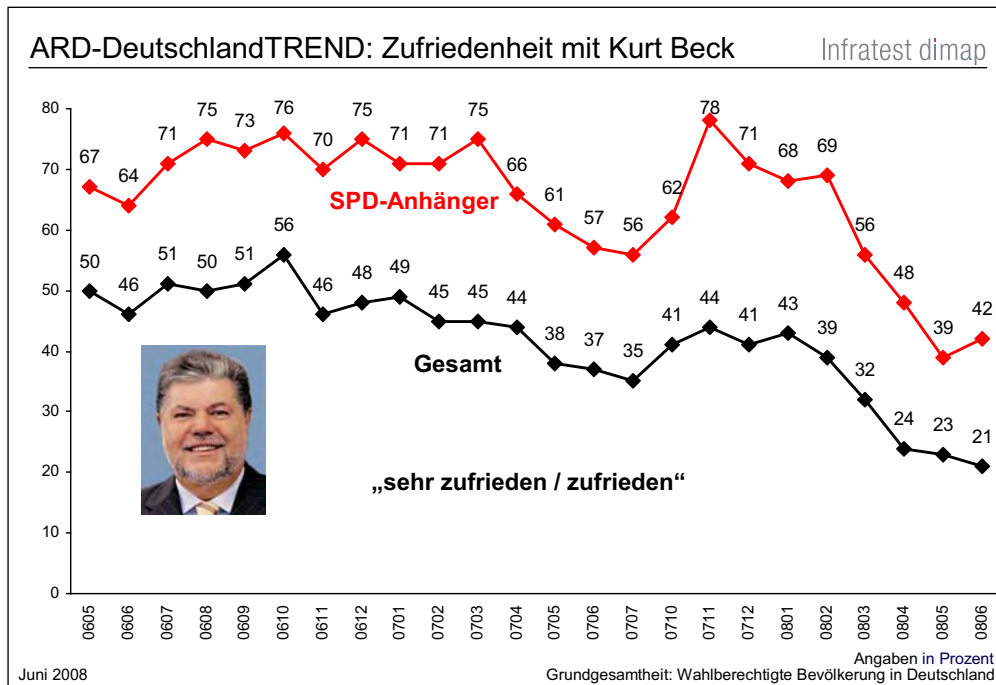
Politikerzufriedenheit: Steinmeier und Merkel vom Negativtrend ihrer Parteien abgekoppelt

Offensichtlich werden die aktuellen koalitionsinternen Querelen den Koalitionsspitzen nicht zugerechnet. Denn ungeachtet der negativen Bewertung der Koalition und der sie tragenden Parteien legt sowohl Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (+7) als auch Kanzlerin Angela Merkel (+3) gegenüber dem Vormonat zu. Der SPD-Politiker liegt mit einem Zuspruch von 73 Prozent wie zuletzt im März vor der CDU-Vorsitzenden, die aktuell einen Rückhalt von 71 Prozent erzielt. Beide zählen damit weiterhin gemeinsam mit Bundespräsident Horst Köhler (86 Prozent; +1) zu den drei populärsten Politikern Deutschlands. Auf Platz Vier folgt im Urteil der Bundesbürger unverändert Finanzminister Peer Steinbrück mit einem leichten Sympathiezuwachs (54 Prozent; +1). Den größten Zugewinn gegenüber dem Vormonat erzielt Guido Westerwelle (+14). Er platziert sich nach dem Münchener FDP-Parteitag mit einem persönlichen Rekordzuspruch von 51 Prozent noch vor der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Renate Künast (+4) und Innenminister Wolfgang Schäuble (+3), die sich beide ebenfalls verbessern und von 48 bzw. 44 Prozent positiv bewertet werden.



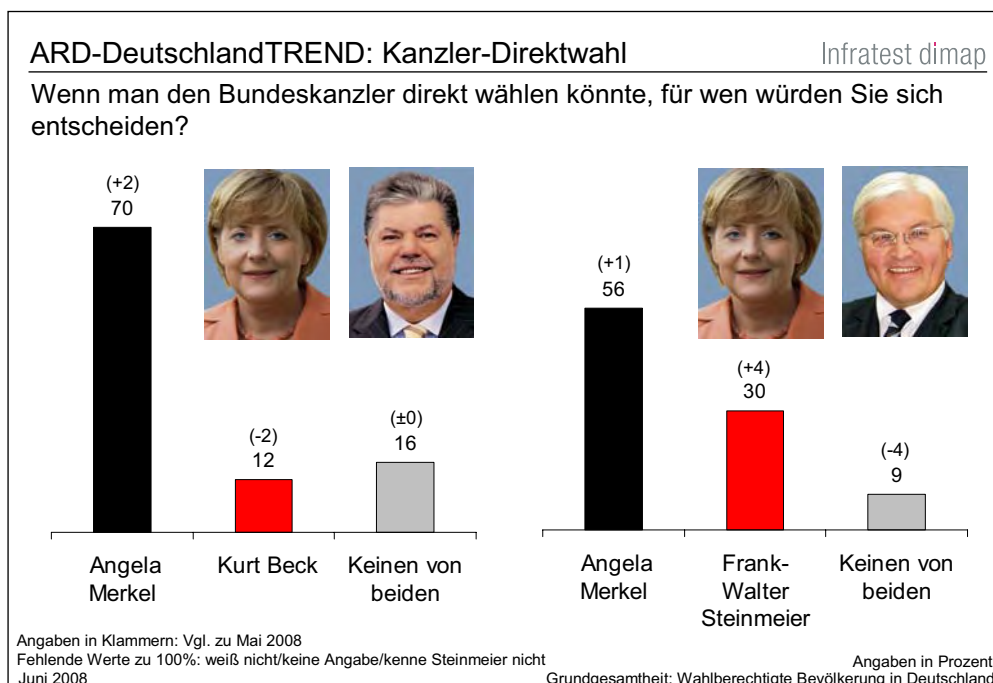
Gregor Gysi kann seinen Wert von Dezember vergangenen Jahres trotz erneut aufgeflammter Diskussion um eine mögliche Stasi-Vergangenheit in etwa halten (30 Prozent, -1). Er liegt damit vor der stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Andrea Nahles, die wie CSU-Vorsitzender Huber (+4) auf einen Zuspruch von 24 Prozent kommt. Auf den hinteren Plätzen gibt es einen Wechsel. Vorletzter im aktuellen Politikerranking ist nunmehr Oskar Lafontaine, der sich nach dem Parteitag der Linkspartei leicht verbessert (+2) und nunmehr von 22 Prozent der Bundesbürger positiv beurteilt wird. Der Negativtrend für den SPD-Vorsitzenden

Kurt Beck setzt sich fort, erstmals liegt er im DeutschlandTREND auf dem letzten Platz (21 Prozent).



Kanzlerpräferenz: Merkel unangefochten vor Beck und Steinmeier

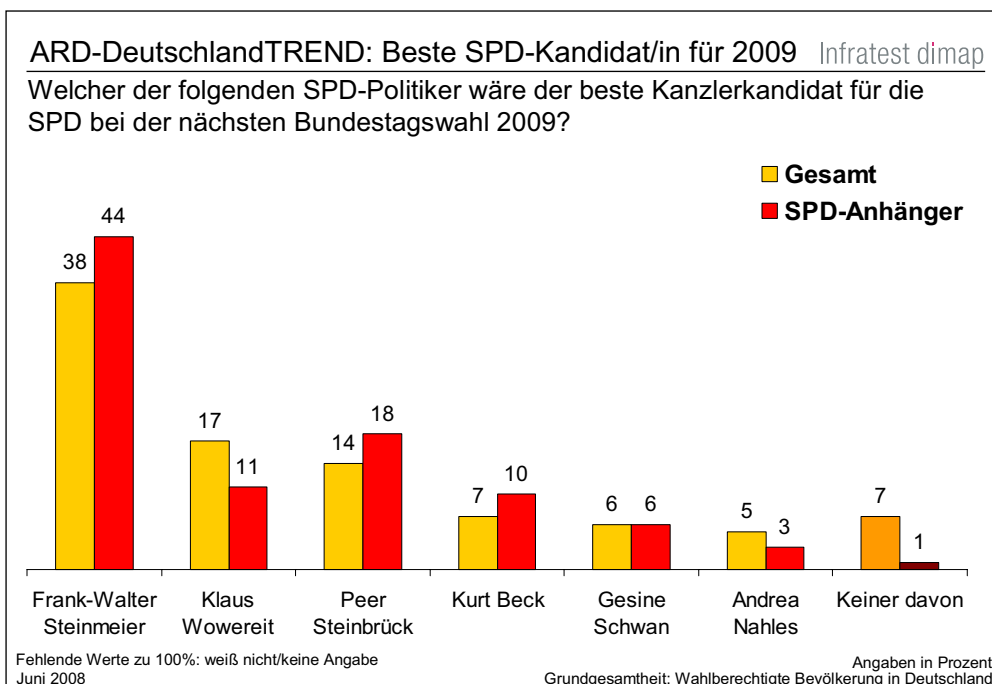
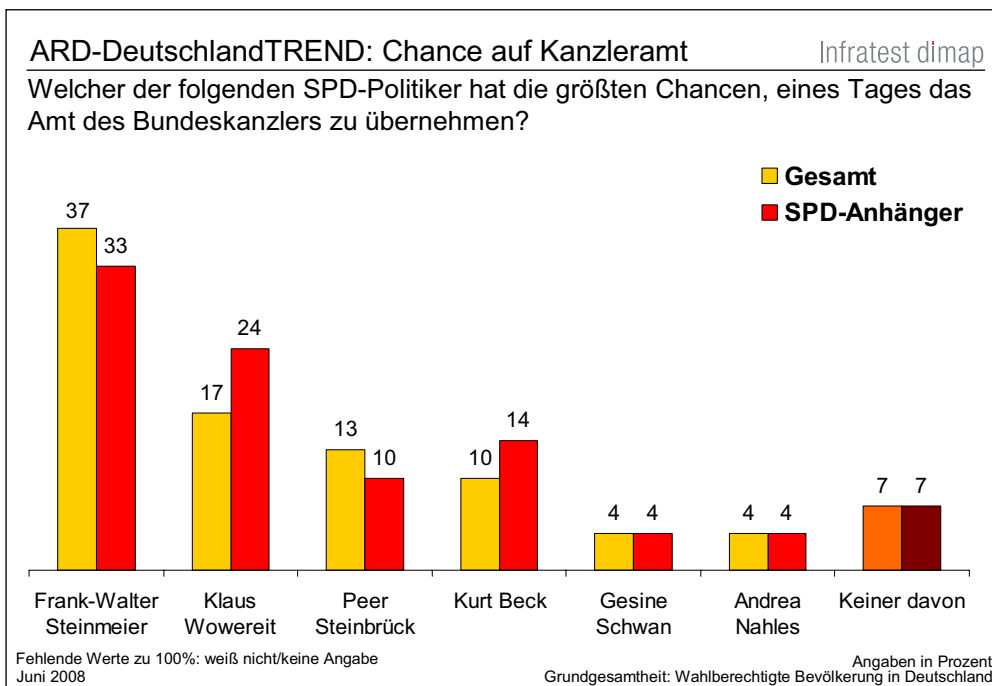
Vor dem Hintergrund der auffallenden Profilschwäche der SPD und ihres unklaren Verhältnisses zur Linkspartei tun sich die Bundesbürger unverändert schwer, in der Kanzlerfrage auf einen Sozialdemokraten zu setzen. Auch Frank-Walter Steinmeier als derzeit populärster Parteipolitiker hat weiterhin in der Kanzlerpräferenz der Bundesbürger gegenüber Angela Merkel das Nachsehen: Nach 26 Prozent im Mai wünschen sich aktuell 30 Prozent der Wahlberechtigten ihn, 56 Prozent die CDU-Vorsitzende ins Kanzleramt. Von einem SPD-Herausforderer Kurt Beck sind die Bundesbürger nach wie vor vergleichsweise weniger angetan. In dieser Konstellation wünschen sich nur 12 Prozent den personellen Wechsel an der Spitze des Kanzleramts, während 71 Prozent für den Verbleib Merkels plädieren.



Sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch in den eigenen Reihen ist Vizekanzler Steinmeier unverändert der vergleichsweise zugkräftigere Kandidat. Zwar überzeugt auch Steinmeier mit seiner Person nicht die Mehrheit der SPD-Anhänger. In einem Duell Steinmeier gegen Merkel würden sich mit 48 Prozent aber immerhin doppelt so viele SPD-Anhänger für den eigenen Spitzenmann entscheiden wie in der Konstellation Beck gegen Merkel (25 Prozent).

SPD-Kanzlerkandidatur 2009: Steinmeier gilt als chancenreichste Besetzung unter Bundesbürgern wie eigenen Anhängern

Angesichts seines sehr hohen persönlichen Rückhalts in der Bevölkerung überrascht es nicht, dass Frank-Walter Steinmeier mit 37 Prozent noch vor Klaus Wowereit (17 Prozent), Peer Steinbrück (13 Prozent) und Kurt Beck (10 Prozent) die vergleichsweise größten Chancen eingeräumt werden, eines Tages Bundeskanzler zu werden.

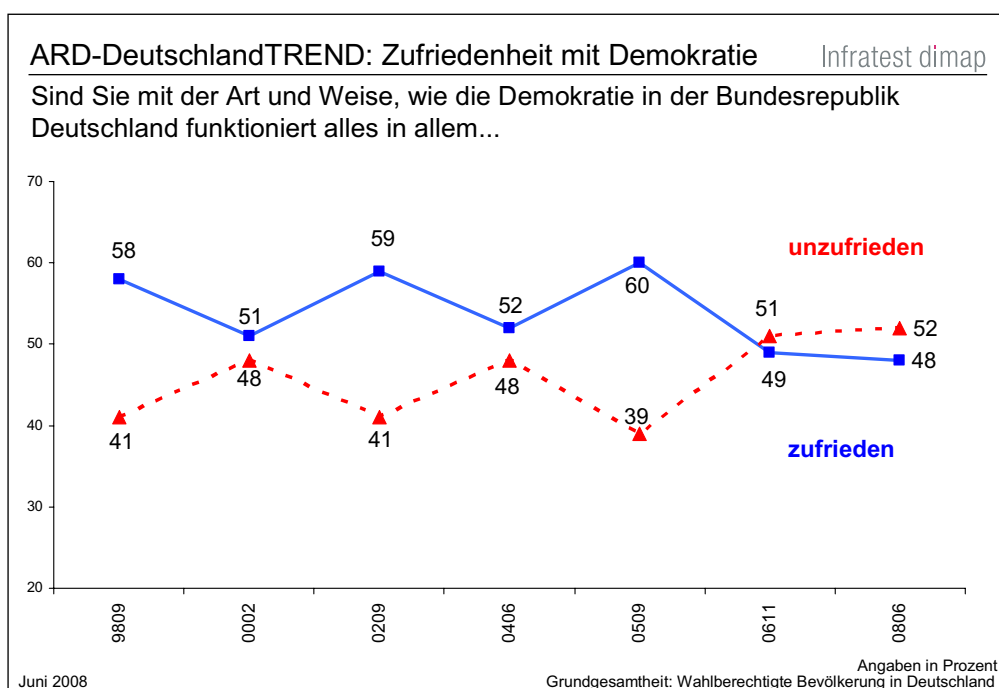


Zugleich sieht man in Steinmeier (38 Prozent) auch den vergleichsweise besten SPD-Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl im nächsten Jahr. Auch in diesem Urteil folgen Klaus Wowereit (17 Prozent), Peer Steinbrück (14 Prozent) und Kurt Beck (7 Prozent) erst auf den nächstfolgenden Plätzen.

In den eigenen Reihen sind 44 Prozent davon überzeugt, dass Steinmeier der beste Kanzlerkandidat für den Urnengang im nächsten Jahr wäre, knapp jeder Fünfte (18 Prozent) setzt hier auf den Bundesfinanzminister, etwa jeder Zehnte (11 Prozent) auf den Regierenden Bürgermeister aus Berlin bzw. auf den Bundesvorsitzenden Beck (10 Prozent).

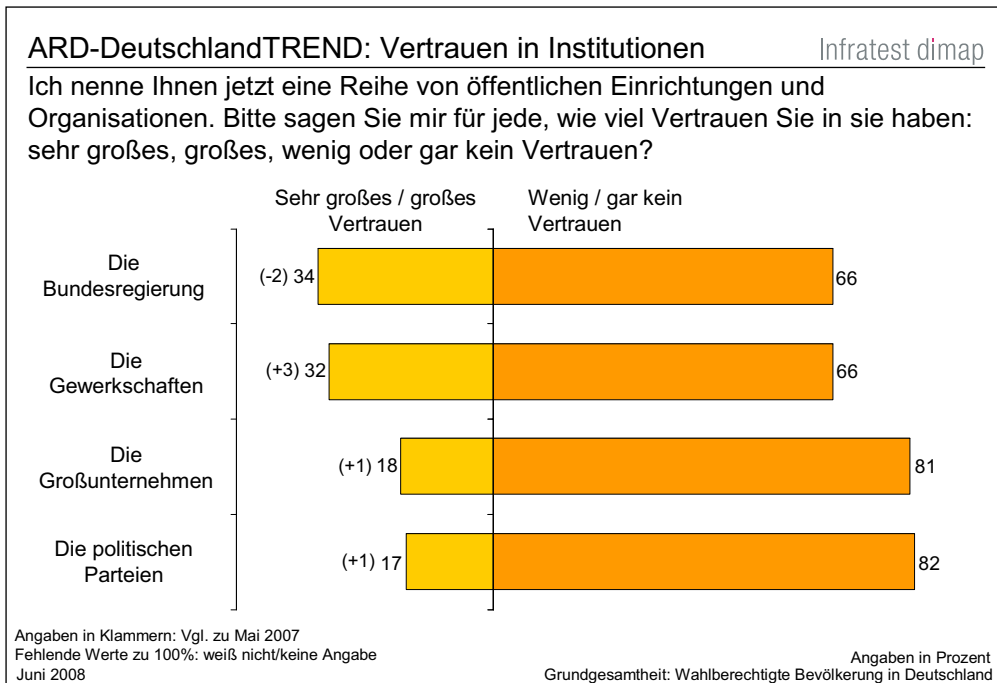
Jeder Zweite übt Kritik an bundesdeutscher Demokratie, wenig Vertrauen insbesondere in Parteien und Unternehmen

Übereinstimmend mit der momentanen Kritik an der Arbeit der Bundesregierung und den erkennbaren Zweifeln an der Problemlösungsfähigkeit der großen Parteien bewerten die Bundesbürger auch die Leistungsfähigkeit der bundesdeutschen Demokratie insgesamt eher zurückhaltend: Mit der Art und Weise, wie sie funktioniert, zeigen sich aktuell 48 Prozent der Bundesbürger sehr (6 Prozent) bzw. überwiegend (42 Prozent) zufrieden. Ebenso viele (52 Prozent) sind weniger (41 Prozent) oder gar nicht zufrieden (11 Prozent).



Kurzfristig gesehen hat sich das Ansehen des politischen Systems allerdings nicht wesentlich verschlechtert. Auch Ende 2006 hielten sich positive wie negative Wertungen bereits die Waage. Die deutlich besseren Bewertungen aus den Jahren 1998, 2002 und 2005, als jeweils sechs von zehn ein positives Urteil abgaben, werden derzeit jedoch nicht erreicht.

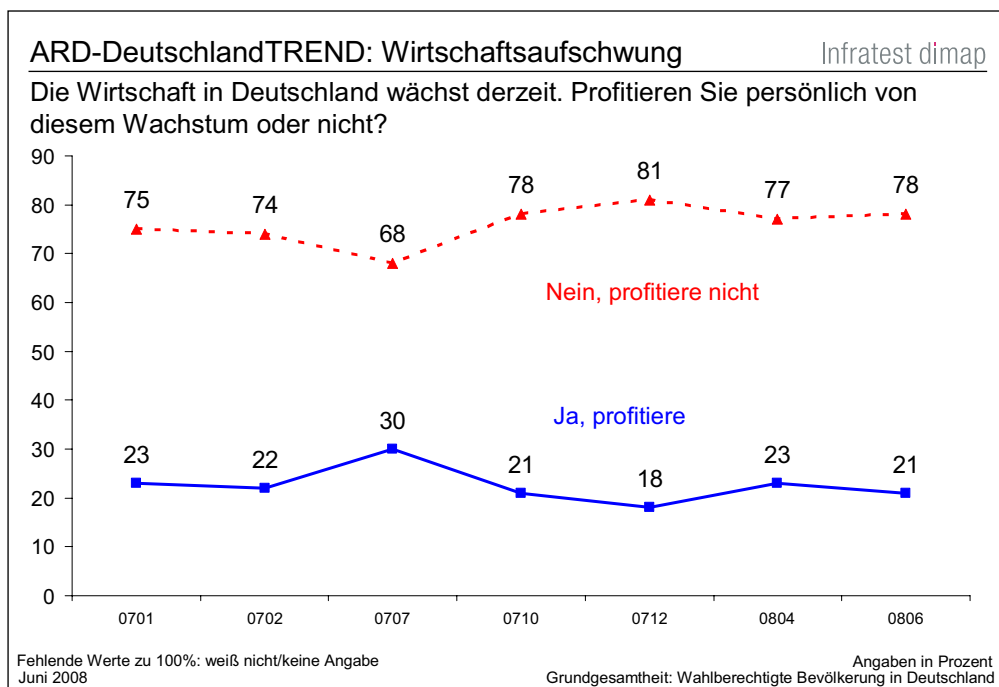
Auch der Blick auf einzelne wichtige Akteure im bundesdeutschen Institutionen-Gefüge wie Regierung, Parteien, Gewerkschaften und Unternehmen zeigt zumindest kurzfristig keinen Vertrauenseinbruch: Der Bundesregierung (34 Prozent) und den Gewerkschaften (32 Prozent) bringt aktuell ähnlich wie im vergangenen Jahr jeweils jeder dritte Wahlberechtigte sehr großes bzw. großes Vertrauen entgegen, den Unternehmen (18 Prozent) und den politischen Parteien (17 Prozent) weitgehend unverändert etwa jeder Sechste.

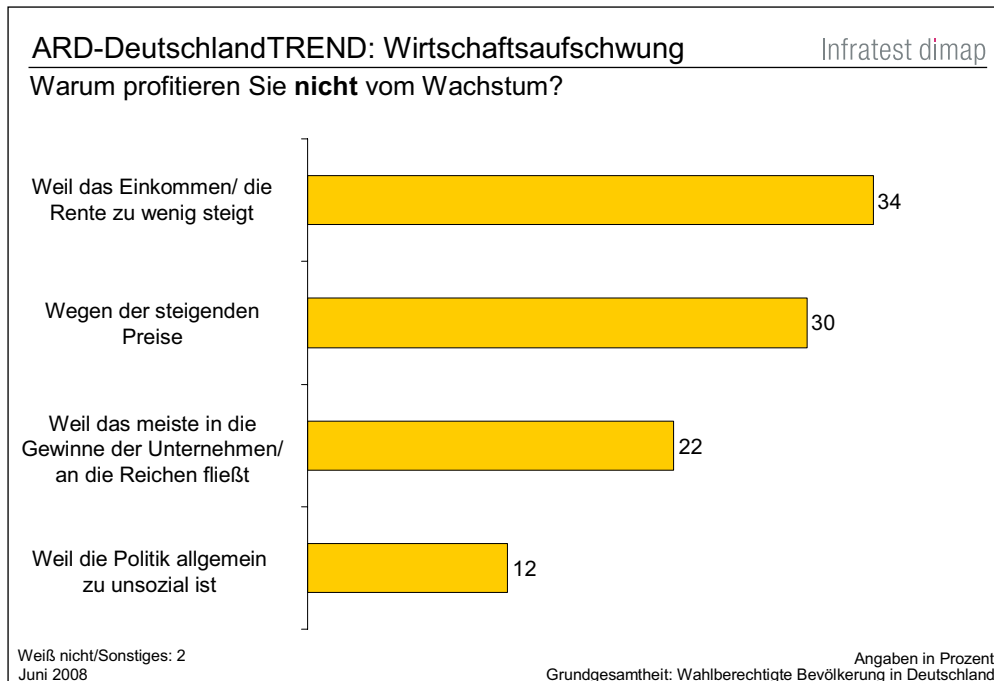


Langfristig gesehen ist der Vertrauensschwund der vier Institutionen allerdings offensichtlich. So brachte Anfang 2001 noch jeder zweite Bundesbürger der Bundesregierung (52 Prozent) und vier von zehn den Gewerkschaften (39 Prozent) bzw. den Unternehmen (37 Prozent) großes Vertrauen entgegen und immerhin jeder Dritte (34 Prozent) den politischen Parteien.

Nur jeder Fünfte fühlt Aufschwung

Zu denken geben muss, dass das politische System und zentrale sie tragende Institutionen im momentan positiven wirtschaftlichen Umfeld die Vertrauenseinbußen vergangener Jahre nicht aufholen können. Ein wesentlicher Grund mag darin bestehen, dass die Mehrzahl der Bundesbürger den Aufschwung nicht mit einem erkennbaren persönlichen Weiterkommen verbindet: Kaum verändert zum Frühjahr sehen sich aktuell drei Viertel der Bundesbürger (78 Prozent) nicht als Profiteure der derzeitigen Wachstumsphase. Lediglich 21 Prozent erkennen für sich positive Auswirkungen der volkswirtschaftlichen Entwicklung.

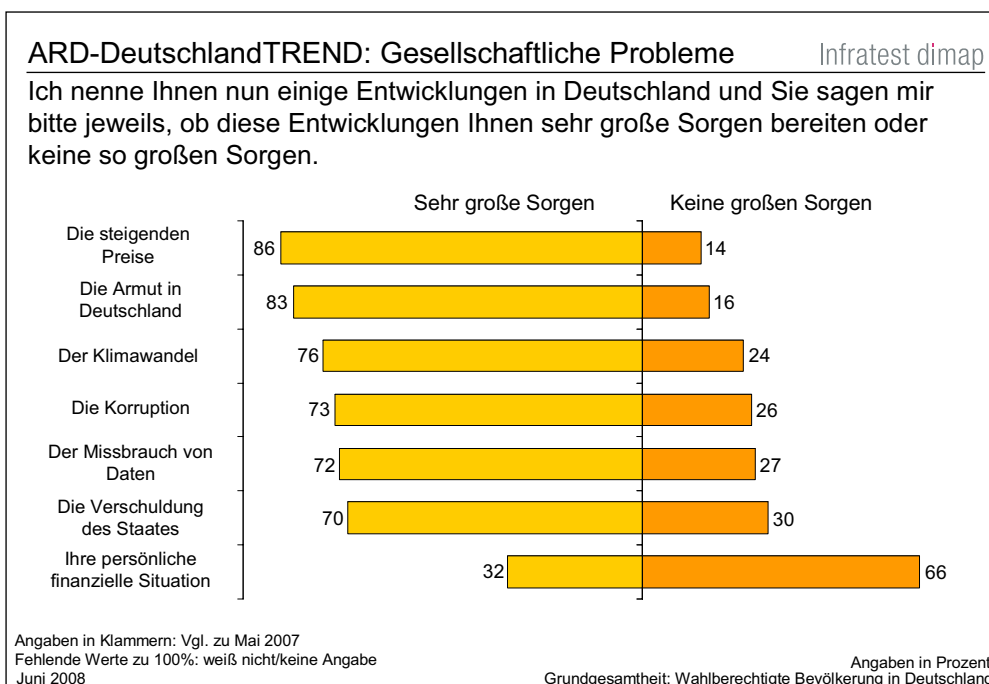




Das Gefühl, nicht vom Aufschwung zu profitieren, resultiert vor allem aus der Wahrnehmung, dass sich der persönliche finanzielle Spielraum in den letzten Monaten wegen einer enttäuschenden Lohn- bzw. Einkommensentwicklung (34 Prozent) bzw. den kontinuierlichen Preissteigerungen (30 Prozent) nicht wesentlich vergrößert hat. Gut jeder Fünfte (22 Prozent) sieht sich nicht als Nutznießer, weil Ihrer Meinung nach Unternehmen und Besserverdienende ungleich mehr vom Aufschwung profitieren als sie selbst. 12 Prozent schließlich sehen sich durch eine als unsozial wahrgenommene Politik vom derzeitigen Aufschwung ausgeschlossen.

Inflation und Armut bereiten größte Sorgen

Die Preisentwicklung der letzten Monate gibt nicht nur vielen Bundesbürgern das Gefühl, trotz Aufschwungs materiell nicht voran zu kommen. Sie ist mittlerweile auch ihr Sorgenthema Nummer Eins: 86 Prozent der Bundesbürger bereiten die steigenden Preise sehr große Sorgen. An zweiter Stelle steht die Armutsentwicklung, die für 83 Prozent ein Grund zur Beunruhigung ist.



Ein globales Problem wie der Klimawandel steht erst an dritter Stelle. Drei von vier Bürgern (76 Prozent) sehen in ihm einen Vorgang, der zu ernsthaften Befürchtungen Anlass gibt. Die Auswirkungen der Korruption halten 73 Prozent für ein gravierendes Problem. In gleichem Maße (72 Prozent) wird der Missbrauch von Daten als bedrohlich angesehen. Die massive Verschuldung der staatlichen Haushalte halten immerhin noch 70 Prozent für besorgniserregend.

Im Vergleich dazu scheint die persönliche finanzielle Situation zumindest aktuell ein Thema von eher untergeordneter Bedeutung zu sein. Trotz steigender Preise, enttäuschender Einkommensentwicklung und der Furcht vor gesellschaftlichen Abstiegtendenzen macht sich nur jeder dritte Bundesbürger (32 Prozent) derzeit sehr große Sorgen um seine eigene finanzielle Lage, zwei Drittel (66 Prozent) sehen dazu aktuell keinen Anlass. Hiermit korrespondiert, dass sich weiterhin eine Mehrheit der Bundesbürger zur Mittelschicht zählt. Lediglich 5 Prozent sehen sich am unteren Rand der Gesellschaft. Drei von zehn Bürgern zählen sich zur unteren Mittelschicht, 50 Prozent zur mittleren Mittelschicht. Weitere 13 Prozent siedeln sich in der oberen Mitte an.

So positiv die aktuelle finanzielle Lage durch die Bundesbürger bewertet wird, so pessimistisch fällt allerdings ihr Blick in die weite Zukunft aus. Nur 18

erwarten innerhalb der nächsten zehn Jahre, dass sich ihr Lebensstandard bessert, gut jeder Dritte erwartet eine Stagnation auf dem jetzigen Niveau. Vier von zehn (43 Prozent) rechnen damit, dass es ihnen in zehn Jahren wirtschaftlich schlechter geht. Bedenklich muss dabei stimmen, dass von den Bundesbürgern, die sich heute am unteren Ende der Gesellschaft ausmachen, nur eine Minderheit (13 Prozent) von einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation ausgeht. Ebenso offenkundig sind die Abstiegssorgen in der gesellschaftlichen Mitte (39 Prozent).

